

Dort sagte man mir, dass sie einen Jahresbedarf an Schutzbekleidung auf Lager gehabt hätten. Es hieß aber auch: Wenn der Verbrauch in dem Tempo weitergeht, haben wir in vier bis fünf Wochen ein Riesenproblem, wenn nichts nachkommt. – Die Klinik hat also einen Vorrat im Umfang eines Jahresverbrauchs vorgehalten. Das ist nicht Just-in-Time. Dann kann man ihr auch keinen Vorwurf machen.

Daran sehen Sie – zumindest ich, ich lerne jeden Tag dazu –, dass einiges dafür spricht, dass es in den rechtsstaatlichen Ländern Europas für systembedingte Produkte auch gewisse Produktionskapazitäten geben muss. Es geht nicht nur mit Depots, mit Bevorratung, sondern wir brauchen auch ein Stück weit Unabhängigkeit. Ich hoffe, dass wir nach der Krise gemeinsam – Bund und Länder – unsere Möglichkeiten nutzen, um das auf der europäischen Ebene durchzusetzen.

Bitte verbreiten Sie das Märchen nicht weiter, dass die sogenannten Festbeträge daran schuld seien. Ich sage Ihnen: Schon vor den Festbeträgen fand der größte Teil der Entwicklung woanders statt. Auch ohne Festbeträge bin ich nicht sicher, dass das Geld verwendet worden wäre, um die Produktion in Deutschland oder Europa zu finanzieren, sondern es wäre wahrscheinlich trotzdem woanders investiert worden.

Im System der gesetzlichen Krankenkassen bekommt jeder Mensch jedes notwendige Hilfsmittel. Aber wir müssen natürlich auch grundsätzlich ressourcenschonend vorgehen und unsere Beiträge im Auge haben. – Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Laumann. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit kommen wir zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 17/8773** an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales**. Die abschließende Beratung und Abstimmung finden dort in öffentlicher Sitzung statt. Gibt es Gegenstimmen? – Nein. Enthaltungen? – Nein. Dann ist einstimmig so überwiesen.

Ich rufe auf:

9 Verantwortungsvolles Miteinander von Motorradfahrern und Anwohnern

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/8775

Für die CDU-Fraktion begründet Herr Kollege Vossemer diesen Antrag.

Klaus Vossemer (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Motorradfahren hebt Grenzen auf: Mensch und Maschine, Natur und Technik, alles wird eins. – So lautet ein bekannter Bikerspruch in Anlehnung an den Poeten Hubert Hirsch, der das Empfinden eines Fahrers widerspiegelt.

Es heißt, beim Motorradfahren sei das Fahren wichtiger als das Ankommen. Die Fahrt, gerne über kurvige Straßen, bestimmt das Ziel. Ausflugsziele, die landschaftlich schön gelegen sind und auch Touristen aus Nachbarländern anziehen – das ist das Ziel.

Bald beginnt wieder die Motorradsaison. Von März bis Oktober verbringen viele Biker ihre Wochenenden und Feiertage im Bergischen Land, in der Eifel und im Hochsauerland.

Allerdings ist inzwischen die Belastung der Anwohner durch den entstehenden Motorradlärm in zahlreichen Regionen ein großes Problem. Immer wieder kommt es zu zahlreichen Beschwerden von Bürgern über zu aggressives und zu lautes Fahren von Zweirädern. Diese Geschwindigkeitsüberschreitungen oder das Fahren auf extra laut getunten Motorrädern bedeuten für die ortsansässigen Bürger eine massive Lärmbelästigung.

Wir sprechen hier ausdrücklich nicht von den sogenannten Genussbikern, die sich an unserer Landschaft erfreuen. Problematisch sind die Motorradfahrer, die sich auf Kosten der Bürger und Gäste in den betroffenen Regionen austoben. In meinem Wahlkreis beispielsweise gibt es eine Strecke, wo an den Wochenenden die Anwohner nicht mehr in ihren Gärten sitzen können, da der Lärm der Maschinen um sie herum unerträglich ist. Dem müssen wir mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenwirken, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Dieser Motorradlärm nimmt zeitweise ein Maß an, das nicht mehr hinnehmbar ist. Insbesondere die Eifel ist aufgrund ihrer Landschaft und Streckenführung ein beliebtes Ausflugsziel für Motorradfahrer, das seit einiger Zeit aber auch schwarze Schafe anzieht. So werden einige der kurvigen Strecken zwischenzeitlich auf Zeit gefahren und die Videos der halsbrecherischen Fahrten bei YouTube online gestellt, quasi als digitale Trophäe. Selbst die Polizei kommt bei diesen Fahrten nicht mehr hinterher, weil die Beamten ihr eigenes Leben nicht gefährden können.

Auf Bestrebung einiger betroffener Kommunen hat sich die Initiative Silent Rider gegründet. Diese Initiative will mit der Öffentlichkeitsarbeit die Motorradfahrer sensibilisieren und zu einer angemessenen Fahrweise bewegen, um Motorenlärm zu vermindern. Ziel ist die Verschärfung der Gesetze.

Meine Damen und Herren, niemand will vorschreiben, wer, wie, wann und wo seinen Weg zurücklegt. Es geht vielmehr um ein rücksichtsvolles Miteinander, um die bestehenden Interessenkonflikte zukünftig zu verhindern und beiden Seiten gerecht zu werden.

Allerdings werden überhöhte Geräuschemissionen durch Krafträder meistens durch Manipulationen verursacht. Diesen kann man nur durch verstärkte Kontrollen begegnen.

Die nordrhein-westfälische Polizei legt bei der Verkehrssicherheitsarbeit einen Schwerpunkt auf die Bekämpfung ordnungswidriger technischer Veränderungen an Motorrädern. Auf Bundesebene muss dafür die Straßenverkehrsordnung angepasst werden.

Ich bin sehr dankbar dafür, dass die Landesregierung den Ball aufgenommen und bereits für den morgigen Freitag eine Entschließung des Bundesrates zur wirksamen Minderung und Kontrolle von Motorradlärm auf den Weg gebracht hat. Nur ein gemeinsames Vorgehen der Länder in Richtung Bund kann zukünftig dazu führen, dass die Fahrzeuge nicht nur bei der Typprüfung, sondern auch im normalen Fahrgeschehen leiser werden.

Einen weiteren Schwerpunkt aus verkehrspolizeilicher Sicht stellen die riskanten Fahrweisen dar, die zu schweren und schwersten Unfällen führen können. Die nordrhein-westfälische Polizei schöpft aktuell die ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten der Verfolgung festgestellter Verstöße aus. Sie setzt auf verstärkte Kontrollen von März bis Oktober und auch auf zahlreiche Präventionsveranstaltungen.

Allerdings gibt es hier noch Handlungsbedarf zur Erweiterung der Strafmaßnahmen. Bußgeldregelsätze für Verkehrsverstöße mit besonderem Gefährdungspotenzial müssen deutlich angehoben werden, sonst verfehlen sie ihr Ziel. Zur Kontrolle und Ahndung mit gegebenenfalls Stilllegung des Motorrads durch die Polizei muss es ihr möglich werden, Fahrzeugmessungen einfacher durchzuführen. Dafür bedarf es eines angepassten rechtlichen Rahmens.

Die NRW-Koalition setzt sich für eine einfachere, transparente Prüf- und Zulassungsregelung von Kraftfahrzeugen ein, die einen Grenzwert von maximal 80 Dezibel für alle Nutzfahrzeuge über alle Betriebszustände sicherstellen, um unnötige Geräuschemissionen von Fahrzeugen zu verhindern.

Aber auch die Hersteller und Händler sind aufgefordert, leisere Motorräder zu produzieren und anzubieten. Motorräder müssen leiser werden, tagtäglich auf der Straße und nicht nur unter bestimmten Bedingungen auf dem Prüfstand.

Vor allem müssen wir die Fahrer in die Verantwortung nehmen. Sie sind aufgefordert, rücksichtsvoller und leiser zu fahren. Motorräder können grundsätzlich leise und rücksichtsvoll bewegt werden.

Allerdings stechen schwarze Schafe mit ihrem rücksichtslosen Verhalten besonders hervor und schädigen damit nachhaltig den Ruf aller Biker.

Motorradfahren ist ein aufregendes und wundervolles Hobby. Es heißt: Motorradfahren hebt Grenzen auf. – Dies darf aber nicht im Umkehrschluss bedeuten, dass die Grenzen des anderen, der Anwohner, der Touristen, überschritten werden. Unser Ziel muss es sein, die Interessen der Biker und der Anwohner in einen fairen Ausgleich zu bringen.

(Beifall von Gordan Dudas [SPD])

Freude am Fahren, gebotene Sicherheit und ein verantwortungs- und respektvolles Miteinander sind kein Widerspruch.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte daher um Zustimmung zu unserem Antrag und danke für Ihre Aufmerksamkeit. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Vossemer. – Jetzt spricht für die FDP-Fraktion Herr Middeldorf.

Bodo Middeldorf¹⁾ (FDP): Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bald beginnt wieder die Motorradsaison. Leider müssen wir befürchten, dass auch in diesem Jahr wieder der eine oder andere rücksichtslose Fahrer unterwegs sein wird.

Gerade in den topographisch bewegten Regionen unseres Landes, Sauerland, Eifel, Bergisches Land, nutzen Motorradfahrer attraktive Strecken zu Ausflügen, genießen die landschaftlichen Reize. Dagegen ist erst einmal – das will ich ausdrücklich sagen – nichts zu einzuwenden. Ich füge hinzu: Die allermeisten Motorradfahrer verhalten sich dabei vorschriftsgemäß, verantwortungsvoll und auch besonnen. Es gibt sogar nicht wenige Motorradclubs, die die Themen „Sicherheit“ und „Lärmreduzierung“ zu ihrem Vereinszweck gemacht haben. Ich nenne hier exemplarisch den Motorradclub „Motorradfreunde Sauerland“.

Für einige – leider für zu viele – gilt das nicht.

An genau diejenigen richtet sich unser Antrag.

Wer Geschwindigkeitsbeschränkungen ignoriert, wer riskante Überholmanöver wagt, wer regelrechte Rennen mit anderen veranstaltet, der gefährdet nicht nur sich, sondern auch andere, und er kann staatlicherseits keine Milde erwarten. Wer seine Maschine noch einmal aufheulen lässt, sie möglicherweise sogar technisch manipuliert hat, der muss wissen, dass sein persönliches Fahrerlebnis umgekehrt für andere Menschen zu Stress und zu Gefährdungen führt. Insbesondere für Anwohner der betroffenen Regionen,

aber auch für andere Verkehrsteilnehmer bedeutet ein solches Verhalten eine erhebliche Belastung.

Ein solcher Lärm, einfach nur aus Jux und Dollerei, ist aber auch schlicht rechtswidrig. Jeder Verkehrsteilnehmer ist nach der Straßenverkehrsordnung aufgefordert, sich so weit wie möglich rücksichtsvoll zu verhalten. Das wird in diesen Fällen nur allzu oft missachtet. Immer wieder erreichen uns Briefe von betroffenen Bürgerinnen und Bürgern, die um Abhilfe bitten. Und dieser Antrag, meine Damen und Herren, ist eine Reaktion hierauf.

Vielerorts müssen Ordnungsbehörden immer wieder feststellen, dass ihre Möglichkeiten, das Problem wirksam zu bekämpfen, nicht wirklich ausreichen. Das gilt vor allem für eine effektive Kontrolle und eine konsequente Ahndung von Verstößen.

Als Landesgesetzgeber können wir nicht auf alle Bereiche unmittelbaren Einfluss nehmen. Wir wollen aber alle Maßnahmen in unserem Verantwortungsbereich prüfen, und wir versprechen den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern, dass wir uns mit ganzer Kraft für eine Verbesserung der Situation einsetzen werden.

Was im Einzelnen zu einem Maßnahmenbündel zählen könnte, hat beispielsweise die gerade schon erwähnte Initiative „Silent Rider“ skizziert. Wir machen uns wesentliche Forderungen der Initiative zu eigen. Wir wollen einen fairen Ausgleich zwischen der berechtigten Nutzung und dem Fahrspaß auf der einen Seite und dem Schutz der Anwohner auf der anderen Seite. Dort, wo Rechte anderer durch Lärm und falsches Fahrverhalten berührt werden, müssen und wollen wir handeln.

In unserer eigenen Verantwortung wollen wir die Polizei in ihren Kontrollmöglichkeiten stärken. Wir begrüßen die jetzt schon stattfindenden Schwerpunktaktivitäten in den betroffenen Regionen. Wichtig ist, schon heute den gesamten rechtlichen Rahmen auch faktisch auszuschöpfen und, soweit möglich, bereits an Ort und Stelle eine Beschlagnehmung manipulierter Maschinen vorzunehmen.

Wo unsere eigene Gesetzgebungskompetenz nicht ausreicht, müssen wir als Land unsere Möglichkeiten im Bundesrat zur Änderung der Straßenverkehrsordnung nutzen. Das gilt etwa für das Strafmaß bei Manipulationen an Motor und Auspuff. Wir danken der Landesregierung, insbesondere dem Verkehrsminister, dass sie bereits im Vorgriff auf die heutige Beratung dieses Antrags eine entsprechende Bundesratsinitiative auf den Weg gebracht hat.

Wir wollen aber nicht nur Strafen – das lassen Sie mich auch an dieser Stelle sagen –, wir appellieren auch ausdrücklich an Rücksicht und Vernunft und setzen dabei auf einen Disziplinierungseffekt auch in der organisierten Bikerszene selbst.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werben dafür, dass rechtzeitig vor dem Start der Motorradsaison vom Land und gerade von diesem Hohen Hause ein deutliches Signal ausgeht. Deswegen bitte ich Sie um Zustimmung zu unserem Antrag. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Middeldorf. – Jetzt spricht Herr Dudas für die SPD-Fraktion.

Gordan Dudas (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Vom Frühjahr bis zum Spätsommer oder sogar bis in den goldenen Herbst hinein ist Motorradsaison. Ich kenne es recht gut aus meiner Heimatregion, denn bei mir in Südwestfalen gibt es viele Landes- und Bundesstraßen, die von zahlreichen Motorradfahrerinnen und -fahrern genutzt werden.

Besonders hoch ist das Motorradaufkommen natürlich an den Wochenenden und in den Sommermonaten. Viele kommen aus den umliegenden Städten, aus dem Ruhrgebiet oder auch aus den Niederlanden, machen Tagesausflüge, genießen die schöne Landschaft, aber eben auch die anspruchsvollen und malerischen Strecken.

Wenn man mit Bikern spricht, wird häufig über ein besonderes Lebensgefühl gesprochen. Aber wie so häufig gilt auch hier: Des einen Freud ist des anderen Leid.

Denn auch unter den zahlreichen Motorradfahrern gibt es leider einige wenige, die die Regeln nicht beachten, davon nicht viel halten und damit auch den Ruf der vielen anderen schädigen. Es sind diese wenigen schwarzen Schafe, welche unsere Straßen als Rennstrecke missbrauchen.

Manche führen sogar besondere Manöver und Stunts durch, bei denen sie sich, aber leider auch andere gefährden. Wieder andere scheinen nur durch das Fahren von besonders lauten Fahrzeugen durch entsprechende Manipulation glücklich zu werden.

Die Leidtragenden sind andere Verkehrsteilnehmer, aber ganz besonders die Anwohner, denen gerade an den besagten Wochenenden durch wiederkehrende Lärmbelästigung der letzte Nerv geraubt wird.

Ich selbst kenne eine hochgradig belastete Strecke in meinem Heimatwahlkreis sehr gut, die Nordhelle zwischen Reblin und Valbert. Ich stehe in gutem Kontakt mit den Anwohnern, die natürlich eine Lösung aufgrund der wiederkehrenden Lärmbelästigung einfordern. Der Versuch des Märkischen Kreises, durch eine Streckensperrung für Motorräder die Situation zu klären, ist leider vor Gericht gescheitert. Auch zusätzliche Geschwindigkeitsbegrenzungen sind hier laut NRW-Verkehrsministerium nicht

möglich. Etwas Abhilfe soll demnächst durch den Einbau von sogenannten Bodenschwellen erreicht werden. Dadurch soll zu schnelles Fahren und das entsprechende Aufheulen der Motoren verhindert werden. Ich bin mal gespannt.

Meine Damen, meine Herren, der vorliegende Antrag behandelt also ein Thema, das viele Menschen umtreibt, die lärmgeplagten Anwohner gleichermaßen wie viele Motorradfahrer, die sich ungerechtfertigt einem Generalverdacht ausgesetzt sehen. Ich selbst habe gemeinsam mit Anwohnern und Vertretern des Bundesverbandes der Motorradfahrer Gespräche geführt und beide Seiten zusammengebracht. Ich war überrascht, dass deren Positionen gar nicht so weit auseinanderlagen.

Denn im Gespräch ist klar geworden, dass die Trennlinie hier nicht zwischen den Anwohnern auf der einen Seite und den Motorradfahrern auf der anderen Seite verläuft, sondern vielmehr zwischen den anständigen Menschen, die sich regelkonform verhalten, und den wenigen schwarzen Schafen, die andauernd für Unruhe sorgen.

Die im Antrag angesprochene Initiative „Silent Rider“ wird in den allermeisten Punkten auch vom Bundesverband der Motorradfahrer unterstützt.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen, sich für mehr Lärmschutz beim Bund bzw. bei der EU einzusetzen, entsprechen den Forderungen der Initiative. Ja, das fordert sie auch. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind wichtig und gut. Ich begrüße es, dass sie so in diesem Antrag stehen.

Gleichermaßen gilt dies aber auch für die im Antrag skizzierten Maßnahmen gegen Manipulationen an Motorrädern – Sie haben es vorhin gesagt –; das geht von Bußgeldern bis hin zu Stilllegungen. Aber auch ein Mehr an Verkehrskontrolle ist hier wichtig, wobei wir natürlich den personellen Möglichkeiten der Polizei Rechnung tragen müssen. Das sind wir unseren Polizistinnen und Polizisten schuldig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Ansatz einer landesweiten Kampagne ist sicherlich mehr als eine Überlegung wert. Was mir aber an Ihrem Antrag leider fehlt, ist der Ansatz, auch den beteiligten Gruppen ein Angebot zu machen, denn sowohl die lärmgeplagten Anwohner als auch die Biker sollten die Möglichkeit haben, sich mit einzubringen.

Der Bundesverband der Motorradfahrer verfügt über viel Sachverstand und ist gut in der Szene vernetzt, weshalb eine Beteiligung dringend geboten ist, zumal dadurch auch das notwendige Vertrauen in der Szene geschaffen werden könnte. Ich hoffe daher sehr, Herr Minister, dass dieser Punkt – Anwohner und Motorradfahrer mit an den Tisch zu holen – berücksichtigt wird. Auch, wenn er hier nicht angeführt wird, möchte ich Sie darum bitten.

Meine Damen, meine Herren, es ist bedauerlich, dass Sie, liebe Kollegen von der CDU und der FDP, eine direkte Abstimmung beantragt haben. Bei einem intensiveren Austausch im Ausschuss hätte man sicherlich einige Punkte nachjustieren können.

Ich sage aber auch ganz klar: Der SPD-Fraktion ist ein Fortschritt in dieser Angelegenheit sehr wichtig, weshalb es auch unsererseits bereits Initiativen gibt. Die im Antrag aufgegriffenen Ideen summieren einige wichtige Punkte und entstammen der Initiative „Silent Rider“, weshalb die SPD-Fraktion dem Antrag in weiten Teilen inhaltlich zustimmen kann und wird. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Dudas. – Als nächster Redner hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Abgeordneter Kollege Rütze das Wort.

Norwich Rütze* (GRÜNE): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir alle wissen, dass Lärm ein erhebliches Problem und eine enorme gesundheitliche Belastung ist. Der Antrag – Sie sagten es bereits, Herr Middeldorf – hat einen konkreten Anlass: Wenn das Wetter besser wird, macht es gerade in den Mittelgebirgslagen viel Spaß, Motorrad zu fahren.

Eigentlich müssten wir das Thema noch viel weiter ziehen. Wir haben gerade gesehen, in welchen Städten Deutschland besonders lärmbelastet ist und erfahren, dass auf den ersten fünf Plätzen der Hitliste der am stärksten lärmbelasteten Städte Deutschlands fünf Städte aus Nordrhein-Westfalen stehen: Hagen ist die Nummer eins, Düsseldorf die Nummer zwei, dann kommen Neuss, Aachen und Leverkusen.

Ich komme aus dem ländlichen Raum und kenne das Phänomen. Mein Bauernhof liegt an einer Motorradstrecke, die in einem niederländischen Motorradreiseführer verzeichnet ist. Von daher kenne ich das ganz gut. Es ist nicht so schlimm wie in der Eifel; eigentlich habe ich sogar Glück, ich habe das nämlich nur bei schönem Wetter.

Es gibt eine amerikanische Motorradmarke, die gerne sehr untertourig gefahren wird, da werden auch mal Fehlzündungen produziert – das darf ich als alter Motorradfahrer so sagen. Dann knallt es richtig, und die Menschen stehen abends um 23 Uhr senkrecht in ihren Betten.

Ich nehme es vorweg: Dem Antrag werden wir gleich zustimmen, weil er schon richtig ist. Aber ich glaube, dass wir dieses Problem weiter fassen und uns darüber unterhalten müssen, was wir in den

vergangenen Jahren bei aller technologischer Entwicklung eigentlich geschafft haben.

Wir haben oft über die immer weitere Verschärfung von Abgasnormen diskutiert. Aber was haben wir im Bereich der Lärminderung von Pkw und Motorrädern eigentlich geschafft? – Das ist nicht besonders viel. Wenn wir uns schon darüber freuen, dass wir die Grenze bei 80 dB einziehen, ist das nicht besonders ambitioniert. Da ist deutlich mehr möglich. Früher kannte man das Herumschrauben an und das Manipulieren von Abgasanlagen eigentlich nur bei Motorrädern, aber mittlerweile kann man das auch im Bereich der Automobile sehen. Ich finde das dramatisch.

Mir war vorher gar nicht klar, dass es sogenannte Klappenauspuffanlagen gibt, bei denen man Auspuffabgase über die Klappe gezielt in einen Kanal einsteuert, der über keinen Schalldämpfer verfügt. Da ist es mir ehrlich gesagt völlig egal, ob die noch unterhalb des anzustrebenden Dezibelwertes bleiben oder nicht. Richtig wäre es, wenn wir immer versuchen würden, ein Maximum an Lärm- und damit auch an Gesundheitsschutz zu erreichen. Solche Auspuffanlagen können überhaupt nicht richtig sein. Deshalb fände ich es gut, wenn die Landesregierung auch an der Stelle initiativ tätig werden würde.

(Beifall von Wibke Brems [GRÜNE])

Das Denken, das hier vorherrscht, finde ich schon einigermaßen abstrus. In einem Tuningblog kann man Folgendes lesen:

„Das laute, voluminöse Klangbild bei offener Klappe ist natürlich für alle Tuningfans interessant. In Kombination mit einem starken Motor und optischer Veränderung zieht man damit natürlich alle Blicke auf sich.“

Zum Teil gilt das für Automobilfahrer und Motorradfahrer gleichermaßen. Ich glaube, dass wir den Lärmschutz deutlich höherrangiger einordnen müssen als das Vergnügen weniger.

Dass Sie diesen Antrag hier stellen, finde ich grundsätzlich gut. Aber überrascht hat mich, dass die Landesregierung die Beschlusslage zu diesem Antrag quasi überholt, da die Bundesratsinitiative schon eher fertig ist und dem Landtag auch schon übermittelt ist. Trotzdem beschließen wir heute, die Landesregierung aufzufordern, das zu tun. Das finde ich einigermaßen seltsam. Wenn man mit seiner eigenen Landesregierung zusammen Anträge entwickelt, würde ich zumindest darum bitten, sich etwas mehr um ein günstiges Timing zu bemühen. So ist es, ehrlich gesagt, ein bisschen peinlich.

(Beifall von den GRÜNEN)

Trotzdem finden wir die Punkte, wie gesagt, insgesamt richtig und gut. Wir würden uns aber wünschen, Herr Minister, in Sachen Lärmvermeidung im

Interesse aller Menschen und der Nachtruhe auch in den Städten deutlich mehr zu tun, anstatt uns nur mit Einzelphänomenen aufzuhalten. Die sind wichtig, aber Lärmschutz ist insgesamt in diesem Land deutlich stärker voranzutreiben. Da hat der Verkehr noch deutlich mehr zu leisten. Ich bitte Sie darum, das zukünftig voranzutreiben. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Rüße. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der AfD Herr Abgeordneter Keith das Wort.

Andreas Keith (AfD): Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Rüße, ich kann Ihre Frage gleich beantworten, warum der Antrag jetzt kommt: Es ist Kommunalwahlkampf, und natürlich versucht man, auch in den betroffenen Regionen entsprechende Stimmen abzugreifen.

Der hier vorliegende Antrag behandelt eine schon lange bekannte Problematik und ein sehr emotionales Thema für die betroffenen Anwohner. Viele Regionen – das ist bereits mehrfach erwähnt worden – und Kommunen haben sich in verschiedenen Projekten, zum Beispiel „Silent Rider“, des Problems angenommen.

Mit der Kleinen Anfrage – da wundere ich mich schon ein bisschen, Herr Rüße, dass Sie darauf nicht eingegangen sind, oder haben Sie das vergessen? – vom Juni 2019 ist dieses Problem schon längst im Landtag gewesen. Was mich jetzt wirklich überrascht, ist, dass Sie genau das fordern, was eigentlich die Landesregierung in der Antwort schon vorgegeben hat.

Und dann würden Sie sich jetzt wundern, wenn ich sagen würde, dass das etwas mit Wahlkampf zu tun hat? Natürlich hat das etwas mit Wahlkampf zu tun. Sie möchten den Menschen vor Ort berechtigterweise natürlich auch zeigen, dass Sie sich der Thematik angenommen haben. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

Wie sonst lässt es sich dann auch weiter erklären, dass es zu einer direkten Abstimmung kommt? Herr Klenner – ich glaube, er ist nicht mehr im Saal, aber das ist auch nicht so schlimm – warf uns gerade vor, wir hätten einen Showantrag gestellt;

(Gordan Dudas [SPD]: Das machen Sie ja dauernd! Deswegen ist das nichts Neues!)

den wollten wir gar nicht richtig debattieren.

Was ist dies denn? Erstens wird morgen schon entschieden, was hier heute besprochen wird. Zweitens wird eine direkte Abstimmung beantragt. Drittens: keine Anhörung. Es wäre doch sinnvoll gewesen, wenn wir die auch von Ihnen angesprochenen

Organisationen wie „Silent Rider“ und zum Beispiel auch die Motorradklubs mal eingeladen hätten, um gemeinsam darüber zu beraten, was wir tun können. Denn die Lösung des Problems liegt doch am Ende des Tages nicht hier und in der Verschärfung der Gesetze, sondern am Ende des Tages kommt es immer auch darauf an, wie die Biker und die Anwohner miteinander klarkommen.

(Beifall von der AfD)

Nun, jetzt liegt der Antrag vor. Jetzt möchte ich auch ganz kurz auf drei Punkte eingehen.

In Ihrem Antrag fordern Sie mehr Befugnisse für die Polizei sowie strengere Gesetze und Verordnungen. – Dabei lassen Sie außer Acht, dass die Polizei schon jetzt eine Vielzahl von Möglichkeiten bis hin zur Stilllegung von Fahrzeugen bei entsprechenden Verstößen hat. Darauf hat auch die Landesregierung – jetzt komme ich noch einmal zurück auf ihre Antwort auf die eben angesprochene Kleine Anfrage – längst hingewiesen.

Weiterhin fordern Sie, dass verstärkte polizeiliche Schwerpunktkontrollen, insbesondere an Sonn- und Feiertagen, in den von Motorradlärm besonders betroffenen Regionen durchzuführen sind.

Richtig, ja. Aber Sie beantworten nicht die Frage, woher die zusätzlichen Polizisten kommen bzw. woher sie die nehmen sollen bei den knappen Ressourcen, die die Polizei jetzt schon hat, und bei den Großveranstaltungen, die auch an den Wochenenden durchgeführt werden. Es sind ja überhaupt gar keine Kapazitäten da. Wenn Sie den Überstundenberg der Polizei heranziehen, dann frage ich mich, wie Sie dann noch Polizisten in die entsprechenden Regionen abkommandieren wollen. Das ist etwas, was ich überhaupt nicht nachvollziehen kann.

Zur Kontrolle und Ahndung mit gegebenenfalls Stilllegung eines Motorrads durch die Polizei begrüßen Sie ein Pilotprojekt, das es ermöglicht, Fahrgeräuschmessungen einfacher durchzuführen. Dieses Pilotprojekt soll unkompliziert und rechtssicher vor Ort die Geräuschentwicklung eines Auspuffs ohne Hintergrundgeräusche messen und Manipulationen erkennen.

Jawohl, das wäre eine konkrete Forderung, die wir auch sofort unterstützen. Nur leider taucht sie in Ihrem Forderungskatalog am Ende gar nicht mehr auf. Die kommt da gar nicht mehr vor. Sie wünschen sich das, Sie würden das begrüßen nach dem Motto: Gucken Sie doch mal. – Aber als Forderung, so ein Projekt finanziell zu unterstützen, taucht das überhaupt nicht auf.

Damit bleibt es – wie bereits festgestellt – ein handwerklich schlechter und dazu noch in Teilen abgeschriebener Showantrag, der ausschließlich dem anstehenden Kommunalwahlkampf dient. Für die Anwohner vor Ort wird er keine Wirkung entfalten. Der

Bedeutung des Themas wird er durch die direkte Abstimmung nicht gerecht. Ohne die Einbindung der Biker-Community wird es auf absehbare Zeit auch keine Lösung geben. Daher lehnen wir Ihren Antrag ab. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Keith. – Als nächster Redner hat für die Landesregierung Herr Minister Wüst das Wort.

Hendrik Wüst, Minister für Verkehr: Verehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich danke herzlich für diesen Antrag der christlich-liberalen Koalitionsfraktionen.

(Michael Hübner [SPD]: Den wir im Haus vorbereitet haben!)

Herr Keith, dass Sie nicht erkennen lassen, ob Sie das jetzt in der Sache richtig finden oder nicht, finde ich schon befremdlich. Dann wollen Sie einen Antrag ablehnen, weil Ihnen das Beratungsverfahren nicht gefällt. Ich bitte Sie herzlich: Denken Sie noch einmal darüber nach. Ich werbe ja sonst nicht um Ihre Zustimmung, weil wir sie auch nicht wollen. Aber das Beratungsverfahren abzulehnen und deswegen in der Sache die Leute im Regen stehen zu lassen, die von Lärm geplagt sind, finde ich nicht richtig.

(Andreas Keith [AfD]: Seit wann gibt es diese Problematik? Seit über 20 Jahren! Sie haben nichts getan! Das ist doch lächerlich! – Gegenruf von Gordan Dudas [SPD]: Volksverräter!)

Zu dem Punkt, warum die Koalitionsfraktionen das jetzt beantragen: Wenn man damit im Wahlkampf auftauchen will, muss man nach der Sommerpause einen Antrag stellen und nicht jetzt.

Aber ab 01.04. gelten die Saisonkennzeichen. Jetzt ist das Thema relevant, und die Menschen erwarten von uns Antworten. In den nächsten Wochen fangen die Biker an, ihre Maschinen aus der Garage zu holen, saisonfest zu machen, den Winterstaub runterzuputzen, und dann geht es los mit den Saisonkennzeichen. Ab 01.04. geht es in unser schönes Land, insbesondere durch die eben schon vielfach beschriebenen kurvenreichen, eher welligen topografischen Regionen. Das ist der Anlass. Ich meine, das sollte für uns auch Anlass sein, sich ernsthaft damit auseinanderzusetzen.

Wir wollen den Bikern die Freiheit überhaupt nicht nehmen, unser schönes Land auf ihren Maschinen zu erkunden. Dass dazu auch ein bisschen Fahrspaß gehört, ist doch völlig klar. Aber die Freiheit des Einzelnen endet eben immer dort, wo die Freiheit des anderen beginnt. Deshalb hört die Freiheit des Motorradfahrers eben da auf, wo die Anwohner von

seinem Lärm gestört werden. Deswegen finde ich den Zeitpunkt genau richtig und die Aufforderung, etwas zu tun, auch genau richtig, nicht nur zu reden, sondern zu handeln.

Deswegen kann ich nicht verstehen, dass Sie kritisieren, dass das Kabinett eine Bundesratsinitiative beschlossen hat.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Wir fordern die Bundesregierung über den Bundesrat auf, sich auf internationaler Ebene dafür einzusetzen, dass Motorradlärm reduziert wird. Denn genau da wird es entschieden, bei der UNECE, der Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen, auf EU-Ebene. Da werden die Verfahren für die Typengenehmigung festgelegt und auch die Grenzwerte.

Ich würde es ja gerne per Erlass oder sonst irgendwie alleine regeln. Das hat aber keinen Sinn, und ich würde dann insbesondere Herrn Rüße und anderen gar nicht helfen, bei denen die freundlichen Nachbarn über die Grenze kommen. Also müssen wir es mit anderen gemeinsam machen.

Wir unterstützen auch die Initiative „Silent Rider“ und wollen, dass mehr und besser kontrolliert wird. Da nützt es aber nichts, theoretisch zu sagen: „Die Polizei könnte ...“ Denn wenn man mit Polizisten über die Praxis spricht, zeigt sich, dass sie vor Ort gar nicht die Gerätschaften haben, um den rechtssicheren Beweis zu führen, dass eine Maschine manipuliert und im Normalbetrieb zu laut ist.

Deswegen gibt der Antrag ja auch den Hinweis darauf, dass man solche Gerätschaften mobil vor Ort haben muss. Denn der größte Ärger ist doch für einen Biker, wenn er in seiner Lederkombi ein paar hundert Meter zur nächsten Telefonzelle oder dorthin, wo er wieder Handynetzt hat, laufen muss, um sich ein Taxi zu bestellen. Die Maschine stillzulegen ist also die größte Strafe. Genau dafür müssen wir die Polizei aufrüsten und in die Lage versetzen, und deswegen ist dieser Hinweis im Antrag richtig.

Ich glaube, dass dieses Hohe Haus in der Sache nicht weit auseinanderliegt. Das hilft immer beim Arbeiten. Dafür herzlichen Dank – und auch für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Wüst. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit sind wir am Schluss der Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Die antragstellenden Fraktionen von CDU und FDP haben direkte Abstimmung beantragt. Ich frage, wer dem Inhalt des Antrags Drucksache 17/8775 zustimmen möchte. – Das sind die Fraktionen von CDU, FDP, SPD, Bündnis

90/Die Grünen und der fraktionslose Abgeordnete Neppe. Gegenstimmen? – Die Abgeordneten der Fraktion der AfD. Gibt es Kolleginnen oder Kollegen, die sich der Stimme enthalten möchten? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/8775** mit dem festgestellten Abstimmungsverhalten angenommen.

Ich rufe auf:

10 Illegale Waffen verbieten – Die freiwillige Abgabe von Waffen muss straffrei bleiben

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/8772

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende Fraktion der AfD Herrn Abgeordneten Röckemann das Wort.

Thomas Röckemann (AfD): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist eine alte Wahrheit, dass Menschen durch Menschen getötet werden und dass Menschen sich dazu mitunter Waffen bedienen. Mit unserem heutigen Antrag wollen wir eine bestehende Norm modifizieren, die dem Schutz unschuldiger Menschen dient.

Wir alle wissen, dass es Waffen gibt, die von Ordnungskräften, Jägern, Sportschützen, Soldaten und von vielen anderen legal eingesetzt und besessen werden dürfen. So soll es auch bleiben.

Unser Antrag richtet sich gegen den Besitz illegaler Waffen. Das ist auch gut und wichtig; schließlich werden insbesondere mit illegalen Waffen schwere und schwerste Straftaten verübt.

So war es beispielsweise beim Anschlag von München 2016. Der 18-jährige Täter mordete mit einer ehemaligen Theaterwaffe, die er im Internet erwarb und die wieder funktionstüchtig gemacht worden war. Auch die Toten durch den NSU wurden durch illegale Waffen umgebracht. Deshalb muss es vorrangiges Ziel der Politik sein, illegale Waffen aus dem Verkehr zu ziehen.

Es gibt zwei Wege, dieses Ziel zu erreichen. Zum einen kann eine Behörde auf einen Sachverhalt aufmerksam werden, bei dem eine illegale Waffe verwendet wird. Dann ist regelmäßig bereits das Kind in den Brunnen gefallen. Zum anderen gibt es Zeitgenossen, die zum Beispiel durch Erbschaft oder Fund in den Besitz illegaler Waffen gelangen, oder die Waffen werden mit der Zeit illegal, da sich die Gesetzeslage geändert hat.

Mit unserem Antrag soll eine Gesetzeslücke geschlossen werden. Stellen Sie sich einmal vor, Sie